



Die Region steht auf

Bürgerinitiativen demonstrieren in Offenburg gegen die „menschenverachtenden Pläne“ der Bahn

Von Hans Christof Wagner und Klaus Riexinger

Jetzt hätte nur noch der alte Friedrich Hecker auf den Balkon treten müssen. Und die Republik ausrufen. So hat man das damals, 1847, gemacht. Die Republik, für die unsere Vorfahren einst fochten, ist durchgesetzt. Und doch wurde gestern vom Offenburger Rathausplatz eine neue Republik proklamiert: eine, die in Verkehrsfragen die Sorgen und Nöte des Volkes ernst nimmt: Eine, die nicht diktatorisch, mit einem „pseudodemokratischen Mäntelchen“ um, den Menschen am Oberrhein eine „menschenverachtende Billiglösung“ in Sachen drittes und viertes Gleis aufbürdet.

Friedrich Hecker kam nicht. Aber sonst war die gestrige Demonstration ein lautstarker Beweis für die Widerstandskraft der Bevölkerung am Oberrhein. Auf 3 500 schätzte die Polizei die Zahl der Teilnehmer. Es war gerade 14 Uhr, als der erste Sternmarsch sich dem Kundgebungsort in Offenburg näherte. Binnen Minuten verwandelte sich der Platz in ein schwarz-gelbes Meer: die Farben von Igel (Interessengemeinschaft gegen Lärm und Umweltbelastungen). „Zug um Zug (g)rollt die Last über Gleise - in Baden nur tief und leise“, konnte man auf einem der Transparente lesen.

Dann ertönte auch schon Blasmusik: die „M'UTigen“ aus dem nördlichen Markgräflerland zogen ein. Entschlossene, wilde Gesellen mit Heckerhüten vorne weg, die Handzettel mit dem Text des „Badnerliedes“ verteilten. Zehn Busse hatte die mit 6 600 Mitgliedern in IG Bohr größte Gruppe für Offenburg gechartert.

Das Signal, das von Offenburg ausgeht, ist offenkundig: Die Region rückt zusammen. Aufgerufen zur Demonstration hatte der Zusammenschluss der zehn Bürgerinitiativen entlang der Rheintalstrecke, die IG Bohr (Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein mit 15 000 Mitgliedern). Die Bürgerinitiativen, die sich lange Zeit als Einzelkämpfer verstanden, haben damit gestern den Schulterschluss demonstriert. Unterstützung erhielten sie von der Kommunalpolitik, vertreten durch Offenburgs Oberbürgermeisterin Edith Schreiner, Jochen Glaeser, Landrat des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald, und Otto Neideck, Freiburgs Finanzbürgermeister, der jedoch in seiner Funktion als Vorsitzender des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein in Offenburg auftrat.

MUT-Vorsitzender Roland Diehl, der als Sprecher der IG Bohr die Demonstranten willkommen hieß, gab unmissverständlich die Marschrichtung vor: „Wir haben die besseren Alternativen:“ „Inakzeptabel“ seien die Bahnpläne, so wie sie vorliegen. „Menschenverachtend“ und „unerträglich“. „Wenn Diktatur offensichtlich ist, wird nach guter badischer Tradition Widerstand zur Pflicht“, forderte Diehl unter lautstarkem Jubel der Zuhörer. Auch Edith Schreiner bekam lauten Applaus, als sie sagte, dass der bestehende Zuglärm in Offenburg schon heute mit 364 Zügen pro Tag unerträglich sei. Mit dem dritten und vierten Gleis steige er bis 2015 auf 536 Züge, davon allein 304 Güterzüge.

„Eigenartige Prognosen“

Pünktlich zum Höhepunkt des Protests gegen die Bahnpläne am Oberrhein hat Bahn-Chef Hartmut Mehdorn den Bürgerinitiativen neue Munition geliefert. Völlig unerwartet hatte Mehdorn bei einem Besuch in Offenburg vor drei Wochen einen Kurswechsel beim Bau der Rheintalbahn ins Spiel gebracht, von einem Tunnel in Offenburg gesprochen und erstmals zugegeben, dass die Zugzahlen ab 2015 deutlich steigen werden, was erhebliche, zusätzliche Lärmbelastungen mit sich bringt. Geplant wird derzeit mit Prognosen bis 2015, ungeachtet der Tatsache, dass der Ausbau der Rheintalbahn im günstigsten Fall 2016 abgeschlossen sein wird. „Eigenartig“, findet das auch Werner Hoffmann, Projektleiter für den Neu- und Ausbau der Rheintalbahn im Regierungspräsidium. „Prognosen bis 2025“ wären angemessener, sagt er. Regierungspräsident Sven von Ungern-Sternberg brachte seine Verwunderung über die Kehrtwende in einem Brief an Mehdorn zum Ausdruck und bat um eine Erklärung. „Er muss eine Quelle für seine neuen Zahlen haben“, sagt Hoffmann.

Auf die Rede Mehdorns in Offenburg setzt der Freiburger BI-Sprecher Adalbert Häge indes keine Hoffnung. „Ich gehe aber davon aus, dass er behaupten wird, er habe das so nicht gesagt.“ Das Vorgehen Mehdorns hält der BI-Sprecher dennoch für wohl kalkuliert. Er habe den Druck an die Politik nach dem Motto weiter geben wollen: Wir bauen alles - ihr müsst uns nur das Geld geben. „Das ist die Frechheit und Arroganz, die typisch ist für die Bahn; sie agiert außer jeglicher parlamentarischer Kontrolle.“

Die Bahn werde einlenken, wenn die Region und ihre Menschen zusammenstehen und sich einig sind, gab sich Landrat Jochen Glaeser gestern siegesgewiss. Man müsse „Optimierungen“ an der von der Bahn zwischen Basel und Offenburg geplanten Trasse vornehmen. Ginge es nach IG Bohr, würde die zwischen Buggingen und Schallstadt in Tieflage verlaufen - quasi eine Tunnellight-Lösung mit Tieflage und Landschaftsbrücken, die von Kommunen im Markgräflerland als Alternativplan zur Bahn in Auftrag gegeben worden war. 157 Millionen Euro kostet die Variante mehr.

Den Verweis auf das knappe Geld lässt Igel-Sprecher Häge in diesem Zusammenhang nicht gelten. Er erkennt darin sogar ein „Verbrechen“, weil damit die Lebensqualität und die Gesundheit von rund 1,3 Millionen Menschen am Oberrhein für die nächsten 100 Jahre beeinträchtigt werden würde. Deshalb sind für ihn die Pläne der Bahn „menschenverachtend“ und ein „Mordinstrument“.

Nach dem -Vorbild des Markgräflerlandes könnte demnächst eine ähnliche, alternative Trassenplanung für den Abschnitt Freiburg kommen. Häge gab in Offenburg bekannt, dass Freiburg gemeinsam mit Umlandgemeinden das Büro Krebs & Kiefer mit einer vergleichbaren Planung beauftragt habe. Nur sie könne das Schicksal des nördlichen Breisgaus und der westlichen Stadtteile Freiburgs noch abwenden, hinter einer „chinesischen Mauer“ zu verschwinden. Bis zu 30 Meter hoch müssten die Lärmschutzwände gebaut werden, so Häge, würde die neue Trasse wie geplant auf Dammlage gebaut. Scharfe Kritik übte er an der Stadt Freiburg, die ihre Bürger nicht früher informiert habe.

13 Forderungen wie 1847

Auch der Regionalverbandsvorsitzender Otto Neideck zeigte sich gestern kämpferisch: Der Schienenbonus- müsse weg, forderte er unter anderem: IG Bohr habe noch einen langen Weg vor sich: Umso mehr gelte es, dicke Bretter zu „bohren“.

Am 12. September 1847 hatten sieh in Offenburg rund-900 „entschiedene Freunde der Verfassung“ getroffen und die „13 Forderungen des Volkes“ verabschiedet; 3 500 Demonstranten waren es gestern. Und auch die verabschiedeten 13 Forderungen. Nummer 13 heißt: „Wir fordern die Verwirklichung des Jahrhundertbauwerks am Oberrhein als ein menschenfreundliches und umweltgerechtes Projekt - als ermutigendes Beispiel eines demokratisch geprägt en Bürgersinns, für künftige Generationen.“

Möglicherweise kommen die Bürgerinitiativen - und mit ihnen die gesamte Region - ihrem Ziel auf parlamentarischem Weg näher: über den viel zitierten Schienenbonus. Das Gesetz, das der Bahn attestiert, Zuglärm sei erträglicher als etwa Straßenlärm, wurde vom Bundestag nun fast einmütig in Frage gestellt. Die Initiative „für eine bessere und menschenfreundlichere Gestaltung der Ausbaupläne“ ging von den Grünen aus. Nicht der gesamte Scheinenbonus soll

damit gekippt werden, sondern, eine Ausnahme für stark genutzte Strecken. Käme das Gesetz in dieser Form, es wäre geradezu auf die Rheintalbahn in Südbaden zugeschnitten.

„Das lässt ein bisschen hoffen“, sagt Hoffmann vom Regierungspräsidium. Zwar verweist er darauf, dass es bis zu einer Gesetzesnovelle noch ein weiter Weg sei. Sollte ein Entwurf aber in Sicht sein, könnten die strengeren Auflagen an die Bahn in die Planung miteinfließen. Damit wären die Bürgerinitiativen ein gutes Stück voran gekommen: Dann müsste die Bahn für einen besseren Lärmschutz sorgen und sich womöglich mit den Alternativplänen entlang der Strecke anfreunden.



Im Sternmarsch zogen gestern die Bürgerinitiativen gegen die Pläne der Bahn zum Ausbau der Rheintalbahn in die Offenburger Innenstadt. Die Polizei zählte 3 500 Teilnehmer. Kleines Foto oben: Igel-Sprecher Adalbert Häge im Gespräch mit Otto Neideck, der in seiner Funktion als Vorsitzender des Regionalverbands gestern sprach.

FOTOS: WAGNER

Auftrag gegeben worden